Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1561**

15. Wahlperiode 23. 09. 2003

Antrag

der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Ulrich Petzold, Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Arnold Vaatz, Günter Baumann, Dr. Rolf Bietmann, Renate Blank, Klaus Brähmig, Georg Brunnhuber, Cajus Caesar, Gitta Connemann, Hubert Deittert, Marie-Luise Dött, Enak Ferlemann, Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Michael Fuchs, Georg Girisch, Ralf Göbel, Tanja Gönner, Josef Göppel, Peter Götz, Kurt-Dieter Grill, Klaus Hofbauer, Julia Klöckner, Kristina Köhler (Wiesbaden), Werner Kuhn (Zingst), Eduard Lintner, Doris Meyer (Tapfheim), Klaus Minkel, Franz Obermeier, Anita Schäfer (Saalstadt), Gero Storjohann, Lena Strothmann, Volkmar Uwe Vogel, Gerhard Wächter, Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU

Vorsorgender Hochwasserschutz im Binnenland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die vergangenen zehn Jahre waren von teilweise extremen Hochwasserereignissen geprägt. Dabei hat insbesondere das Hochwasser an der Elbe im August 2002 zu erheblichen Schäden geführt und Defizite und Grenzen des derzeitigen Hochwasserschutzes deutlich werden lassen. Die Ursache dieses extremen Hochwasserabflusses an der Elbe und anderen Flussläufen waren außergewöhnliche Niederschläge, die großflächig vor allem in gebirgigen Bereichen der Oberläufe der Elbe und ihrer Nebengewässer niedergingen, die auf bereits wassergesättigte Böden fielen und dadurch überwiegend unmittelbar oberirdisch abflossen. Kein Zweifel besteht an der Erkenntnis, dass die typische Wetterlage des so genannten Vb-Entwicklungstiefs, die zu den extremen Niederschlägen mit der Folge einer Hochwasserkatastrophe im tschechischen und deutschen Elbegebiet geführt hat, in der Vergangenheit schon öfter beobachtet werden konnte und seinerzeit extreme Hochwasserabflüsse in den jeweils betroffenen Gewässern auslöste.

Hochwasserkatastrophen sind oft die Folgen extremer Wetterereignisse und erfordern zu deren Bewältigung ein Höchstmaß an organisatorischer und technischer Vorbereitung für eine wirksame Katastrophenhilfe.

Vorsorgender Hochwasserschutz im Binnenland kann nur gelingen, wenn er auch den Begebenheiten der Regionen und den Bedürfnissen der Menschen vor Ort Rechung trägt, Management-Wissen bündelt und die Entscheidungsträger ebenso wie die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen einbindet. Alle Maßnahmen müssen sozial verträglich gestaltet werden und dürfen einzelne Gruppen wie die Landwirtschaft und Schifffahrt nicht benachteiligen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die lange angekündigte, auf den Untersuchungen der Bundesanstalt für Wasserbau basierende „Stellungnahme zu den Auswirkungen von Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen an Flüssen auf den Hochwasserschutz“ endlich vorzulegen und sicherzustellen, dass die Binnenschifffahrt, als ökologisch verträglichstes Transportmittel, durch Hochwasserschutzmaßnahmen nicht in ihrer Existenz gefährdet wird;
2. zu prüfen, welche präventiven Hochwasserschutzmaßnahmen und Hochwasserschutzbauten entlang von Bundeswasserstraßen und deren Nebengewässer notwendig sind und wie diese Maßnahmen zu finanzieren sind;
3. für die Festsetzung von Retentionsräumen durch die Länder die notwendigen Bewertungskriterien festzulegen, Nutzungseinschränkungen mit den betroffenen Parteien abzustimmen sowie Zuständigkeiten und Kriterien für notwendige Entschädigungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einvernehmlich festzulegen;
4. einen Generalmanagementplan zu erstellen, der auf den Planungen der Länder aufbaut und die verfügbaren Kapazitäten des Bundes für die Flutbekämpfung beinhaltet. Dieser Plan ist den für die Flutbekämpfung zuständigen Institutionen der Länder zur Verfügung zu stellen;
5. Anstrengungen auf nationaler und europäischer Ebene auf präventive Maßnahmen zur Flutvorbeugung auszurichten und zu bündeln, anstatt auf die Beseitigung von Schäden auszurichten und bei den Präventionsmaßnahmen die regional Zuständigen und Betroffenen einzubeziehen;
6. den Deutschen Wetterdienst (DWD) materiell und technisch so auszustatten, dass er in der Lage ist, seine Vorwarnzeiten im Rahmen des Standes der Technik zu verlängern und örtlich wesentlich stärker zu präzisieren.

Berlin, den 23. September 2003

Dr. Peter Paziorek
Ulrich Petzold
Dirk Fischer (Hamburg)
Eduard Oswald
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Arnold Vaatz
Günter Baumann
Dr. Rolf Bietmann
Renate Blank
Klaus Brähmig
Georg Brunnhuber
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Hubert Deittert
Marie-Luise Dött
Enak Ferlemann
Dr. Maria Flachsbarth
Dr. Michael Fuchs
Georg Girisch
Ralf Göbel
Tanja Gönner
Josef Göppel
Peter Götz
Kurt-Dieter Grill
Klaus Hofbauer
Julia Klöckner
Kristina Köhler (Wiesbaden)
Werner Kuhn (Zingst)
Eduard Lintner
Doris Meyer (Tapfheim)
Klaus Minkel
Franz Obermeier
Anita Schäfer (Saalstadt)
Gero Storjohann
Lena Strothmann
Volkmar Uwe Vogel
Gerhard Wächter
Werner Wittlich
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333